

Mainz, 23.01.2014

Anfrage 1603/2010 zur Sitzung Stadtrat am 01.09.2010

Kürzungen der Bundesregierung im Städte- und Wohnungsbau (SPD)

Die Bundesregierung hat 07. Juli 2010 ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 im Kabinett verabschiedet. In ihrem Entwurf sieht die Bundesregierung unter anderem in den Bereichen Städte- und Wohnungsbau harte Einschnitte zu Lasten der Kommunen vor. Es ist vorgesehen die Mittel, darunter die unter anderem die Programme „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „CO₂-Gebäudesanierung“ und „Soziale Stadt“.

In Mainz hat sich das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Das Programm ist eine wichtige Stütze, um den sozialen Ausgleich in den ausgewählten Stadtteilen zu verbessern und den Zusammenhalt in der Stadt zu stärken. Vor dem Hintergrund der Finanzierungsausstattung der Stadt ist Mainz auf förderungsgestützte Programme angewiesen, um notwendige Investitionen in den Bereichen des sozialen Städtebaus vornehmen zu können.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Teilt die Verwaltung unsere Auffassung, dass das Programm „Soziale Stadt“ in Mainz wichtige Erfolge für den sozialen Zusammenhalt in und zwischen den Stadtteilen leistet und geleistet hat? Lassen sich Erfolge an Beispielen aus den einzelnen Fenstern beschreiben?
2. Sieht die Verwaltung die Gefahr, dass gekürzte Mittel die Nachhaltigkeit der positiven Effekte der laufenden Fenster gefährden können, insbesondere die Effekte der sozialen Begleitmaßnahmen?
3. Teilt die Verwaltung in den Fenstern Neustadt, Mombach und Lerchenberg die Sorge, dass begonnene Projekte möglicherweise nicht zu Ende geführt werden können und geplante nicht sicher begonnen werden können?

4. Welche Auswirkung hat die Halbierung der Bundesmittel auf die Komplementärfinanzierung durch Land und Kommune?
5. Sieht die Verwaltung noch die Möglichkeit unter diesen Bedingungen bestehende Fenster auszuweiten oder zukünftig neue Fenster zu öffnen?

gez. Oliver Sucher